

presse

Bundesregierung steht nun in der Pflicht für das Reformationsjubiläum 2017

Anlässlich des heutigen Kabinettsbeschlusses, den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) mit der Koordinierung der Aktivitäten der Bundesregierung zur Vorbereitung und Durchführung des Reformationsjubiläums 2017 erklären die Beauftragte für das Reformationsjubiläum der SPD-Bundestagsfraktion Iris Gleicke und der Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien der SPD-Bundestagsfraktion Siegmund Ehrmann:

Wir begrüßen die heutige Entscheidung des Bundeskabinetts. Damit übernimmt der BKM die koordinierende Verantwortung bei der Vorbereitung und Durchführung des Jubiläums eines der bedeutendsten kulturhistorischen Ereignisse der neueren Zeit - 500 Jahre Reformation. Dies folgt der Forderung der SPD, da es doch seitens der Bundesregierung eines zentralen Ansprechpartners für die verschiedenen Akteure auf der Ebene der Länder, der Kommunen und der EKD, die sich ebenfalls auf dieses Ereignis vorbereiten, bedarf.

Nachdem dieser formale Beschluss endlich gefallen ist, gilt es anzupacken. Die im Bundeshaushalt für das Reformationsjubiläum 2017 eingestellten Mittel sind dafür einzusetzen, die zeitnah wichtigen Aufgaben anzugehen. Dazu gehören die Unterstützung der Geschäftsstelle "Luther 2017" mit finanziellen und personellen Ressourcen, aber auch notwendige investive Maßnahmen für Sanierungsprojekte und inhaltliche Vorbereitungen für das kulturelle Programm, die zusammen mit den Ländern jetzt begonnen werden müssen.

Der BKM steht damit auch in der Pflicht, weitere Unterstützung bei anderen Ressorts der Bundesregierung zu organisieren. Das Bundesbauministerium, das Auswärtige Amt, das Bundesinnenministerium und das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie - alle können einen Teil dazu beitragen, dass die immense Chance 2017 genutzt wird. Die nationale und hoffentlich auch

internationale Aufmerksamkeit für dieses Ereignis wird auch im Zeitablauf bis dahin groß sein. Das Reformationsjubiläum ist sowohl unter kulturpolitischen, aber auch wirtschaftlichen und touristischen Aspekten von enormer Bedeutung. Dafür sollten alle Akteure an einem Strang ziehen.